

**Gegenüberstellung Diakonieforderungen und Landtagswahlprogramm der Parteien
 GRÜNE, CDU, SPD und FDP**

Pflege

Pflege ist für die Gesellschaft systemrelevant. Das ist eine der Lehren aus der Corona-Krise. Aber die Krise hat auch Schwachstellen im Pflegesystem offenbart. Zur Behebung dieser Schwachstellen sind in Baden-Württemberg Anpassungsmaßnahmen notwendig. Denn Pflegebedürftige, Angehörige und Leistungserbringer brauchen dringend Unterstützung u.a. in folgenden Bereichen:

<p>Position DWW</p>	<p>1. Pflegerische Infrastruktur</p> <p>Einrichtungen und Dienste der Altenpflege müssen künftig in den Pandemieplänen des Landes schon bei der Planung berücksichtigt werden. Wirtschaftliche Betriebsführung muss möglich sein. Dazu bedarf es angemessener Rahmenbedingungen. Wege- und Fahrtzeiten bei der ambulanten und teilstationären Versorgung müssen vollständig refinanziert werden. Dasselbe gilt für die Pflegeprozessbegleitung, Pflegeberatung und Case-Management. Und auch die quartiersbezogenen und sozialraumorientierten Aktivitäten der Pflegeunternehmen brauchen Förderung und Finanzierung</p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Ziele der GRÜNEN:</p> <p>Finanzierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Grünen setzen sich für eine Reform der Pflegeversicherung (Eigenbeteiligung, Sockel-Spitze-Tausch) ein. • Auch die Erhöhung der Wegepauschale für ambulante Pflegedienste wird angestrebt. <p>Im Quartier/Sozialraum setzen die GRÜNEN auf</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Vielfalt von Wohnformen und ambulanten Angeboten • Ausbau von ambulanten Angeboten und Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie das Angebot der ambulanten Palliativversorgung • Ausbau und Weiterentwicklung Kommunale Pflegekonferenzen • Ausbau dezentraler Pflegestützpunkte • Pflegemonitor (Meldesystem f. Kapazität der Anbieter/Suche), Test von Caring Communities in öffentlicher Trägerschaft
<p>CDU</p>	<p>Die CDU will die Gesundheitswirtschaft als weitere Leitindustrie etablieren. Außerdem fordert sie die Rückkehr des Landes zur Förderung der Investitionskosten. Bei den Angeboten der Kurzzeitpflege will sie die Mittel zur Förderung der Kurzzeitpflegeplätze auf hohem Niveau verstetigen. Wichtig ist den Christdemokrat:innen, die Eigenanteile von pflegebedürftigen Menschen in Pflegeheimen zu begrenzen</p>

SPD	<p>Die SPD setzt sich ein für</p> <ul style="list-style-type: none"> • Massive Erhöhung der Landesförderung für Kurzzeit- und Tagespflege • Ausbau Ambulante Dienste • Pflege-Wohngemeinschaften und betreute, barrierefreie Wohnangebote, mehr neue Wohnformen • Unterstützung Stadt- und Landkreise bei der Pflegeplanung , um moderne Konzepte, wohnortnahe Versorgung und Quartiersentwicklung voranzubringen, • Wiedereinstieg in die Förderung des Baus von Pflegeeinrichtungen • Ausbau Pflegestützpunkte, Ergänzung um Pflegelots:innen
FDP	<p>Die FDP will einen landesweit geltenden Altenhilfeplan aufstellen. Generell will sie das Thema Wohnen im Alter vorantreiben und hierbei auch alltagsunterstützende Technik in den Blick nehmen. Außerdem will sie dafür sorgen, dass spezielle Heimplätze für junge Pflegebedürftige eingerichtet werden, die eine andere Form der Betreuung benötigen als alte Menschen.</p>

Position DWW	<p>2. Innovationsförderung und Ermöglichungskultur</p> <p>Gesetzliche Anforderungen müssen den praktischen Alltag widerspiegeln. Das Zusammenspiel ordnungs- und leistungsrechtlicher Vorgaben ist deshalb auf den Prüfstand zu stellen. Bedarfsgerechte Angebote müssen möglich sein und dürfen nicht an starren rechtlichen Rahmenbedingungen scheitern. Deshalb müssen die Erbringer von Dienstleistungen Spielräume ausloten können, die der rechtliche Rahmen für die Erbringung von Dienstleistungen vorgibt. Behörden, Kostenträger und Leistungserbringer sollen Mut und Willen aufbringen, Innovatives zu ermöglichen und zu erproben. Die auf politischer Ebene viel zitierte „Ermöglichungskultur“ ist de facto umzusetzen.</p>
GRÜNE	<p>Die GRÜNEN setzen sich ein für die</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Sektorengrenzen • Stärkung der Kurzzeitpflege • Förderung der Ambulant betreuten Wohngemeinschaften (Förderprogramm WG) • Anpassung der Personalschlüssel
CDU	Die CDU zielt auf sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen.
SPD	k.A.
FDP	<p>Die Freien Demokrat:innen möchten die Landesheimbauverordnung und das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz novellieren, durch Entbürokratisierung sollen mehr Pflegeplätze entstehen können.</p> <p>Weiterhin wollen sie die reglementierende und starre Anforderungen zur Personalbesetzung der Landespersonalverordnung (LPersVO) abbauen und die bundesweite Personalbemessung nach § 113 c SGB XI nach Fertigstellung zügig umsetzen.</p> <p>Wichtig ist der FDP auch der Abbau der Doppelstrukturen bei Qualitätsprüfungen und Heimbegehungen von Medizinischem Dienst und Heimaufsichtsbehörden.</p>

Position DWW	3. Arbeitsbedingungen und Gesundheit Ambulante und stationäre Pflege stehen unter permanentem ökonomischem Druck. Tarifgebundene Einrichtungen und Dienste sind strukturell unterfinanziert. Das muss ein Ende haben. Die Landesregierung soll die Leistungsentgelte so gestalten, dass ein qualifiziertes Arbeiten mit dem dafür notwendigen Zeitaufwand möglich ist. Der Pflegeberuf muss attraktiv bleiben, gerade für junge Menschen. Schon deshalb ist es wichtig, dass die Pflegeberufereform und damit der Übergang zu einer generalistischen Pflegeausbildung auch auf Landesebene gelingt. Politik, Ausbildungsbetriebe und Schulen müssen hier gemeinsam unterwegs sein.
GRÜNE	Die GRÜNEN setzen sich ein für <ul style="list-style-type: none"> • gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung, bessere Bezahlung • Kompetenzerweiterung des nicht-medizinischen Personals • Fortbildung und Akademisierung • Bürokratieabbau, Erleichterung Pflegedokumentation • Faircare Siegel für die häusliche Betreuung - für faire Arbeitsbedingungen • Einführung von Qualitätsstandards bei der Vermittlung von ausländischen Betreuungskräften und Haushaltshilfen, Sozialversicherungspflichtige Anmeldung der (ausländischen) Pflegekräfte und eine stärkere Überprüfung durch die Finanzkontrolle (Schwarzarbeit) • Ausbildung im Pflegebereich in Teilzeit (ermöglichen) • Anpassung der Bezahlung der mobilen Pfleger:innen an die Bezahlung der Pflegenden im Krankenhaus • Schnellere Anerkennung ausländischer Fachabschlüsse • Förderung einjähriger Ausbildungswege • Abschaffung des Schulgelds für alle Heilberufe • Berufspolitische Stärkung (Verantwortung und Steuerung für Konzeption und Gestaltung des Pflegebildes, der Pflegepraxis, des Pflegemanagements und der Pflegeforschung durch Pflegenden selber) • Einführung Pflegekammer
CDU	Die CDU will einen aktuellen Landespflegeplan aufstellen. Einen Schwerpunkt legt sie auf die Gewährung von Rehabilitationsleistungen. Die Christdemokraten wollen ein neu zu schaffendes landesweites Leitbild „Gesunde Berufe“ und dadurch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Ausbildung ergreifen. Dazu fordern sie die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe unter Beteiligung der Krankenkassen. Auch die maßvolle Akademisierung der therapeutischen Ausbildung ist ihnen wichtig. Grundsätzlich wollen sie einen bundesweit einheitlichen Pflgetarifvertrag. → Dazu die Pressemitteilung der Diakonie Württemberg
SPD	Die SPD setzt sich für die Anerkennung der Pflegenden ein: durch gute Löhne, klare Personalschlüssel, bessere Arbeitsbedingungen, gute Ausbildung und Zugang zu Kinderbetreuung. An den privaten Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe will sie das Schulgeld abschaffen.
FDP	Die FDP will ein Fördermodell für eine 24-Stunden-Betreuung entwickeln,

um diesen Bereich aus der Grauzone zu holen.

Außerdem sind sie der Meinung, dass durch die generalisierte und zunehmend akademisierte Pflegeausbildung in Zukunft Pflegefachkräfte Ärztinnen und Ärzte in Pflegeheimen entlasten können.

Sie will darauf hinwirken, dass aufenthaltsrechtlich notwendige Genehmigungen für ausländische Pflegekräfte zügiger als in der Vergangenheit erteilt werden. Zusätzlich will sich die FDP für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte einsetzen und Entwicklungsperspektiven aufzeigen.